

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 1. Auflage 2009.....	1
Die internationale Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft	4
Für eine zukunftsorientierte, nachhaltige Energieversorgung in Deutschland	8
Auf dem Weg in die Zukunft	14
Studentischer Austausch am Beispiel Kiel-Minsk.....	17
Übersetzerecke.....	21

Vorwort zur 1. Auflage 2009

Liebe Leserinnen und Leser,

das derzeit alle deutschen Medien dominierende Thema sind die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf Deutschland. Fast täglich sind neue Negativrekorde aus der deutschen Wirtschaft zu lesen. Schon werden historische Vergleiche zur Weltwirtschaftskrise 1929 gezogen und die Frage gestellt, ob sich die Geschichte nicht doch wiederholen kann (siehe Spiegel Nr. 18 vom 27.04.2009). In der Tat steckt die deutsche Wirtschaft in einer tiefen Rezession mit der Folge steigender Insolvenzen und damit einhergehend höheren Arbeitslosenzahlen sowie wachsender Armut. Besonders die Exporte, das traditionell wichtigste Standbein für Wachstum und Wohlstand in Deutschland, sind in einem bisher nicht bekannten Ausmaße eingebrochen. In manchen Branchen wie dem Maschinenbau musste in den letzten Monaten ein Minus von bis zu 50% verzeichnet werden. Für 2009 wird für das BIP (Bruttoinlandsprodukt) in Deutschland ein Minus in Höhe von 6% vorausgesagt.

Das Institut für Deutschlandstudien hat die Wirtschaftskrise in Deutschland in den letzten Wochen und Monaten in mehreren Veranstaltungen der belarussischen Öffentlichkeit vorgestellt, diskutiert und analysiert. Den Anfang machte im Rahmen der IfD-Kolloquien ein Gastvortrag von Roland Mahler, Leiter der Opel-Vertretung in Belarus, zum Thema „Die deutsche Automobilbranche in der Krise“ am 20.03.2009. Vor mehr als 60 Gästen referierte Herr Mahler nicht nur allgemein über die schwierige Situation des für Deutschland sehr wichtigen Industriezweiges, als betroffener Unternehmer konnte er auch interessante Details aus seiner Praxis erzählen.

Zum viel diskutierten Thema „Wirtschaftskrise“ hat das Institut für Deutschlandstudien in Zusammenarbeit mit dem belarussischen Bildungsministerium und mit Förderung der Robert Bosch Stiftung außerdem eine Studien- und Begegnungsreise unter dem Motto „Die internationale Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft“ organisiert. Über 40 belarussische Studierende der Belarussischen Staatlichen Ökonomischen Universität, der Universität für Informatik und Radioelektronik und anderer Minsker Universitäten reisten vom 24.04.-02.05.2009 nach Berlin, Wolfsburg und Frankfurt am Main, um u.a. mit Vertretern des Deutschen Bundestages, der Deutschen Bundesbank, die IG

Metall, der Volkswagen AG und der Frankfurter Börse zu diskutieren. Begleitend fanden Fachseminare von Finanzexperten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und des House of Finances der Goethe-Universität Frankfurt statt. Andreas Kurz, Student der Politikwissenschaften an der Christian-Abrechts-Universität (CAU) zu Kiel und vom 16.02.-30.03.2009 Praktikant am IfD, hat diese Studien- und Begegnungsreise mitorganisiert und für diesen IfD **focus** einen Artikel zum Thema Finanzkrise verfasst (ab S. 4). Für seine aktive Mitarbeit sei ihm herzlich gedankt.

Zum *Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation 2009* hat das CfIS mit seinen drei Zentren, dem Institut für Deutschlandstudien, dem Centre for Swedish Studies und dem Centre Franco-Biélorusse sowie dem CfIS-Sprachenzentrum für Holländisch, einen Tag unter dem Motto „Kreatives Europa“ gestaltet. Am 18.04. fanden sich zeitweilig über 80 zumeist junge belarussische Studenten in den Palast der Künste ein und erlebten ein buntes Programm von Fachvorträgen, Präsentationen und Filmvorführungen. Dr. Jürgen Schenk, CIM-Fachkraft an der Staatlichen Ökologischen Universität „Sacharow“ Minsk, hielt einen aufschlussreichen Vortrag zum Thema „Energiewirtschaft in Deutschland“. Dafür und für seinen Artikel ab S. 8 danken wir ihm außerordentlich.

Michael Klees, Leiter des DAAD-Informationszentrums an der Belarussischen Nationalen Technischen Universität, an diesem Tag leider erkrankt und von seinem DAAD-Kollegen André Böhm von der Belarussischen Staatlichen Universität vertreten, hat sein ursprünglich geplantes Thema zur Exzellenzinitiative im deutschen Hochschulbereich in schriftlicher Form diesem IfD **focus** zur Verfügung gestellt. Auch ihm ein herzliches Dankeschön von der Redaktion!

Das Team des IfD ist immer dankbar für die Mitarbeit motivierter Praktikanten aus Belarus und Deutschland. Die langjährige Kooperation des IfD mit der Universität Kiel im Rahmen des Studien- und Begegnungsprogramms Belarus (StuBB) hat nicht nur auf dieser Ebene den Austausch zwischen Studenten beider Länder gefördert, sondern auch einige private und enge Beziehungen gedeihen lassen. Der Artikel von Christian Bruneß, ebenfalls Student der Politikwissenschaften an der CAU und mit Andreas Kurz zeitgleich Praktikant am IfD, hat ab S. 17 seine ganz speziellen Belarus-Erfahrungen niedergeschrieben. Für seine Unterstützung und seine Bemühungen, die für Herbst 2009 geplante Studien- und Begegnungsreise anlässlich des 60-jährigen Bestehens der Bundesrepublik Deutschland nach Berlin, Dresden und Leipzig mit auf den „Weg“ gebracht zu haben, möchten wir ihm danken.

Traditionell bildet die Übersetzerecke den Abschluss unseres IfD **focus** – thematisch passend zum Thema „Die Wirtschaftskrise in Deutschland“.

Wir wünschen allen unseren Partnern, Freunden und Lesern eine erholsame Ferien- und Urlaubszeit in den bevorstehenden Sommermonaten und freuen uns, Ihnen wieder im November mit einer weiteren Auflage des IfD **focus** in diesem Jahr Deutschland und Europa bezogene Themen präsentieren zu können. Übrigens wird das IfD Ende August 2009 mit Förderung der Robert Bosch Stiftung und des DAAD seine nunmehr 4. Minsker Sommerschule mit dem Titel „Das gemeinsame Haus Europa – Visionen junger (ost-)europäischer Studenten“ zusammen mit der IBB Minsk veranstalten. In drei programmatischen Abschnitten sollen deutsche und belarussische Studenten die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft des europäischen Integrationsprozesses aufarbeiten. Der Fall der Mauer vor 20 Jahren, für das Thema unserer Sommerschule ein wichtiges historisches Datum, bietet sich schon als nächstes Thema für den IfD **focus** 2/2009 an! Vorerst wünschen wir Ihnen jedoch viel Spaß beim Lesen der Artikel des IfD **focus** 1/2009.

Im Namen der Redaktion

mit herzlichen Grüßen

Tobias Knubben

Minsk, im Juni 2009

CIM-Fachkraft

CfIS/IfD-Direktor

Die internationale Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft

Andreas Kurz

Der tiefe Fall des Kapitalismus und die Abkehr vom unerschütterlichen Glauben in seine Unfehlbarkeit, hervorgerufen durch die internationale Finanzkrise, sind seit Monaten das bestimmende Thema in den Medien. Die Diskussionen über die Ursachen und Folgen sind quer durch die Gesellschaft und alle sozialen Schichten Mittelpunkt von Gesprächen, die durch Sorge um den Arbeitsplatz oder die Altersvorsorge geprägt sind. Wenig erstaunlich, betrifft die Finanzkrise doch alle, unabhängig von Beruf, Bildung oder Verdienst.

Ihren Anfang nahm die Krise in den Vereinigten Staaten mit dem Niedergang der Lehman Brothers Inc. Als die viertgrößte Investment-Bank der USA am 15. September 2008 ihren Insolvenzantrag einreichte, waren die weitreichenden Folgen höchstens für Finanzexperten abzusehen. Dass zu jenem Zeitpunkt noch die Möglichkeit bestand, die Finanzkrise in ihrem uns heute bekannten Ausmaß abzuwenden, dürfte mittlerweile jedoch zu den Meisten durchgedrungen sein. Warum diese Chance allerdings so fahrlässig vertan wurde, liegt weiter im Dunkeln. Beantworten kann sie wahrscheinlich nur der damalige US-Finanzminister der Regierung Bush, Henry M. Paulson Jr., der eine Rettung von Lehman Brothers Inc. - dem amerikanischen Finanzkonzern mit den höchsten Auslandsinvestitionen - ablehnte. Vielleicht war dieser „Schachzug“ das Ergebnis der jahrelangen Feindschaft zwischen den beiden Finanzinstituten Lehman Brothers Inc. und Goldman Sachs, im letzteren war Paulson vor seiner Nominierung zum amerikanischen Finanzminister als Geschäftsführer tätig, oder einfach nur eine fehlerhaft durchdachte politische Entscheidung. Was der letztendliche Grund für das Versagen der Regierung im Fall Lehman Brothers war, wissen vermutlich nur wenige Eingeweihte, das Ergebnis ist heute allerdings allen bekannt und ebenso spürbar.

Eine Folge dieser weitreichenden Entscheidung ist, dass die USA als „das Land des Kapitals“¹ und als Inbegriff des Kapitalismus nun die Verstaatlichung der Banken erleben müssen, da auch weiteren Kreditinstituten mittlerweile der Bankrott droht. Aber nicht nur im Mutterland von Coca-Cola und McDonalds spürt man die Auswirkungen der grenzenlosen Jagd nach Renditen und Gewinnen, denn wie der Name „Internationale Finanzkrise“ schon vermuten lässt, sind ihre Auswirkungen global spürbar. Mehr noch, denn wie sich herausstellte, liegt der Hauptschaden, den die Lehman-Pleite verursachte, nicht innerhalb der USA, sondern im Ausland.² Der Grund ist zum Einen, dass die Globalisierung nicht nur zu einer gravierenden Veränderung der Wirtschaftsunternehmen mit einer weitgehenden Verschränkungen dieser untereinander (Entstehung von transnationalen Unternehmen), sondern auch zu einer starken Verflechtung besonders der internationalen Finanzinstitute geführt hat. Zum Zweiten, so kritisiert Jochen Sanio, Chef der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), verlagerten die international tätigen US-Banken ihre Risiken ins Ausland und verkauften diese dort noch zig Mal.³ So hat fast jede größere deutsche Bank Geschäfte mit der Pleite gegangenen Lehman Brothers Inc. gemacht⁴, welche nun symbolisch für die gesamte Finanzkrise steht.⁵

Die Auswirkungen treffen also auch Deutschland unmittelbar. So häuften sich auch hier zum Jahreswechsel die wirtschaftspolitischen Horrormeldungen, die weitreichende Folgen für die deutsche Wirtschaft und den deutschen Finanzsektor voraussagten. Zu diesem Zeitpunkt glaubten die meisten Menschen in Deutschland noch, in der Bundesrepublik sei man gut gewappnet und die Finanzkrise sei vornehmlich ein US-amerikanisches Problem. Dies erwies sich als Fehlglaube. Bereits Mitte Januar zeigte eine für das Bundesfinanzministerium erstellte Umfrage von Bundesbank und Bankenaufsicht BaFin unter 20 großen Kreditinstituten, wie weit auch die hiesigen Banken in den Sumpf aus grenzenloser Spekulation und finanzieller Selbstüberschätzung verstrickt sind. Die Umfrage ergab, dass das Volumen der mehr oder weniger wertlosen Wertpapiere allein in den Bilanzen der 20

¹ Tagesschau: Finanzkrise: Auswirkungen auf Deutschland, 21.09.2008, <http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/bab/bab434.html>

² mmnews: Lehman und die Folgen, 13.08.2008, <http://www.mmnews.de/index.php/200810131292/MM-News/Lehman-und-die-Folgen.html>

³ mmnews: Lehman und die Folgen, 13.08.2008, <http://www.mmnews.de/index.php/200810131292/MM-News/Lehman-und-die-Folgen.html>

⁴ ntv-news: Folgen der Lehman-Pleite: Sicherungsfonds in Not?, 17.09.2009, http://www.ntv.de/Folgen_der_LehmanPleite_Sicherungsfonds_in_Not/170920082210/1024594.html

⁵ Vgl. Karl-Heinz Däke vom Bund der Steuerzahler, Tagesschau: Finanzkrise: Auswirkungen auf Deutschland, 21.09.2008 <http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/bab/bab434.html>

befragten Institute 300 Milliarden Euro umfasst.⁶ Nach anderen Angaben könnten es aber auch 600 Milliarden sein. Das Finanzministerium geht davon aus, dass die Summe aller Risikopapiere des gesamten deutschen Bankensektors bis zu einer Billion Euro beträgt.⁷

Aber die Auswirkungen der Finanzkrise treffen nicht nur die Banken, jene Akteure die durch ihre abenteuerlichen und riskanten Spekulationen die Urheber des ganzen Übels sind, sondern insbesondere den kleinen Bürger, der in seiner Gutgläubigkeit das hart verdiente Geld bei den Geldinstituten in Sicherheit wog und seinem Finanzberater bei der Bank-Filiale um die Ecke vertraute. Die Auswirkungen für den Bürger beschränken sich jedoch nicht nur auf den Bereich des Ersparnen, sondern bedrohen auch das tägliche und somit notwendige Einkommen. So hat zum Beispiel die in Deutschland beheimatete Autoindustrie stark unter der Krise zu leiden, denn durch die Verunsicherung der Konsumenten durch die allgegenwärtigen Katastrophenmeldungen und einen eventuellen Verlust des Ersparnen sind besonders in diesem Bereich die Verkaufszahlen stark eingebrochen. Dies wiederum führt dazu, dass einige Betriebe ihre Mitarbeiter in Kurzarbeit schicken mussten bzw. diese entlassen wurden. Hierzu konnten sich die Teilnehmer des vom Institut für Deutschlandstudien am 20.3.2009 veranstalteten Kolloquiums zum Thema „Die deutsche Automobilbranche in der Krise“ von Herrn Roland Mahler (Leiter der Opel-Vertretung in Minsk/Belarus) als auch durch die zum Thema vorgeführten Dokumentarfilme ein genaues Bild machen. Ein ähnlich düsteres Szenario bedroht auch andere Industriezweige wie z.B. den Schiffsbau, einen der wichtigsten Arbeitgeber im Norden Deutschlands.⁸ Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, besonders auf den Bereich der Metall produzierenden und verarbeitenden Industrie und die in diesem Sektor beschäftigten Menschen, wurden knapp 40 belarussischen Studierenden der Wirtschaftswissenschaften im Rahmen der vom IfD/CfIS in Zusammenarbeit mit dem belarussischen Bildungsministerium und unter Förderung der Robert Bosch Stiftung organisierten Studien- und Begegnungsreise zum Thema „Die internationale Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft“ vom 25.4.-3.5.2009 erläutert.

Dass nun die Regierungen der USA und anderer Staaten mit Finanzspritzen versuchen, die Banken zu stützen und weitere Bankrotte zu verhindern, ist auf der einen Seite sicherlich sinnvoll, um weiteren Schaden abzuwenden, auf der anderen Seite einer konservativen Argumentation folgend jedoch auch sozial ungerecht.

⁶ Spiegel: 17.01.2009 Finanzkrise: Deutsche Banken sitzen auf Giftpapieren in Milliardenhöhe, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,601800,00.html>

⁷ Spiegel: 17.01.2009 Finanzkrise: Deutsche Banken sitzen auf Giftpapieren in Milliardenhöhe, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,601800,00.html>

⁸ Kieler Nachrichten Nr.70, 24.03.2009, S.7, 22

Schließlich zahlt der kleine Bürger oder Steuerzahler, der unter Umständen schon direkt unter der Finanzkrise zu leiden hat, nun für die Fehler der Großbanken. Dies wird auch weithin als Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste bezeichnet. Diese Begriffe werden schon jetzt häufig von Politikern und Experten genutzt und uns sicherlich auch im Wahlkampf noch oft begegnen.

Bleibt nun zu hoffen, dass Politiker, Experten und Verantwortliche eine Lösung finden, die nicht der Befriedigung persönlicher Eitelkeiten und dem Wahlkampf dient, sondern dem betroffenen Bürger hilft, der um seinen Arbeitsplatz oder sein Erspartes bangt oder diese bereits verloren hat. Denn eins ist sicher: Ein Ende der Krise ist noch nicht in Sicht.

Für eine zukunftsorientierte, nachhaltige Energieversorgung in Deutschland

Dr. Jürgen Schenk,

CIM, Integrierte Fachkraft, Berater für Wissenschaft und Technologie, Internationale Staatliche Ökologische Universität „Sacharow“ Minsk, Republik Belarus

Die Gewährleistung einer zuverlässigen, wirtschaftlichen und umweltfreundlichen Energieversorgung ist eine der größten Herausforderungen unseres Jahrhunderts.

Gesellschaftlicher Umbau des Energiesystems

In den nächsten Jahrzehnten werden sich die Strukturen unserer Energieversorgung in Europa und weltweit maßgeblich verändern. Entscheidende Ursache für diese Veränderungen sind der Klimawandel, der wachsende Wettbewerb um die zunehmend knapperen und teureren Energierohstoffe und die insgesamt zu erwartenden steigenden Energiepreise.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich ein anspruchsvolles Ziel gesetzt, die Emission von Treibhausgasen im Zeitraum 2008 – 2012 gegenüber 1990 um 21 % zu reduzieren.

Damit aber unser Klima weiterhin erträglich bleibt, sind weltweit insgesamt noch viele Anstrengungen zu unternehmen. Bis Mitte dieses Jahrhunderts ist eine Reduzierung um insgesamt 80 % gegenüber 1990 erforderlich.

Die Energiepolitik in der Bundesrepublik Deutschland wird von folgenden Zielstellungen bestimmt:

- Wirtschaftlichkeit,
- Versorgungssicherheit,
- Nachhaltigkeit (Umweltverträglichkeit, wirtschaftliche und soziale Verträglichkeit).

Kein Wunschdenken hilft uns bei der Erfüllung dieser Aufgabenstellung weiter. Eine sachbezogene, ergebnisorientierte und reale Politik ist dabei erforderlich.

Es ist allgemein bekannt, dass heute noch kein einziger Energieträger alleine den Anforderungen nach Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit genügt. In diesem

Sinne wird bei der zukünftigen Energieversorgung von einem Energiemix der Zukunft gesprochen, der in seiner Gesamtheit den oben genannten Zielen immer stärker entspricht.

Insofern hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in dem Ende 2007 verabschiedeten „Integrierten Energie- und Klimaprogramm“ beschlossen, bis zum Jahr 2020 den Anteil Erneuerbarer Energien bei der Stromversorgung von heute 14% auf mindestens 30% zu erhöhen.

Eine erfolgreiche Energiepolitik ist davon gekennzeichnet, Energie intelligent und rationell einzusetzen und die Erneuerbaren Energien so schnell wie technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar zu nutzen. Insofern wird in diesem Zusammenhang oft von einer Doppelstrategie gesprochen:

- Senkung des gesamten Energieverbrauchs, durch die weitere Erhöhung der Energieeffizienz sowie
- zunehmende Erschließung der Erneuerbaren Energien.

Verringerung des Energieverbrauchs

Die Steigerung der Energieeffizienz ist eine zentrale Frage zur Senkung des Energiebedarfs. Dazu müssen alle Bereiche beitragen: Industrie, Energiewirtschaft, Verkehr und private Haushalte.

Die Potentiale sind riesig, und bei weitem nicht ausgeschöpft, ohne dass man dabei uneffektiv sein und auf seinen Lebensstandard verzichten muss.

Die deutsche Energie- und Umweltpolitik hat bereits in der Vergangenheit eine Vielzahl von Regelungen zur Senkung des Energieeinsatzes und der damit verbundenen Umweltbelastungen geschaffen. Ein Großteil zielt auf spezifische Produktions- oder Verbrauchsprozesse ab. So werden z.B. mit der Energieeinsparverordnung Wärmeschutzstandards für neu errichtete Gebäude und Standards für bestehende Gebäude und Heizungsanlagen festgelegt, die bei Umbau- oder Modernisierungsmaßnahmen einzuhalten sind.

Daneben gibt es übergreifende Regelungen wie die ökologische Steuerreform, die durch einen Eingriff in das Energiepreissystem Impulse zum Energiesparen, zur Steigerung der Energieeffizienz und damit zur Verringerung der CO₂-Emissionen gegeben hat.

Zur Verdeutlichung der Einsparpotentiale ein paar Beispiele: Schon alleine etwa 70% der weltweit eingesetzten Primärenergie geht bei der gesamten Energieversorgungskette – von der Produktion über den Transport bis zum Endverbrauch – verloren. Hier liegt ein hohes Einsparpotenzial vor.

Riesige Potentiale liegen auch im Gebäudebereich. Der Gebäudebereich ist mit einem Anteil von ca. 40% am Endenergiebedarf EU-weit der größte Verbrauchssektor. Die größten Einsparpotentiale liegen im Gebäudebestand: Bestehende Gebäude brauchen zum Beispiel in Deutschland etwa dreimal soviel Energie zur Beheizung wie Neubauten. Durch fachgerechtes Sanieren und moderne Gebäudetechnik können bis zu 80% des Energiebedarfs eingespart werden.

Von besonderer Bedeutung ist das bereits erwähnte „Integrierte Energie- und Klimaprogramm“.

Eckpunkte sind (Auswahl):

- Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz
- Ausbau der Erneuerbaren Energien im Strombereich
- CO₂-arme Kraftwerkstechnologien
- Messverfahren für Stromverbrauch
- Saubere Kraftwerkstechnologien
- Einführung moderner Energiemanagementsysteme
- Förderprogramme für Klimaschutz und Energieeffizienz (außerhalb von Gebäuden)
- Energieeffiziente Produkte
- Einspeiseregulierung für Biogas in Erdgasnetze
- Energieeinsparverordnung
- Betriebskosten bei Mietwohnungen
- CO₂-Gebäudesanierungsprogramm
- Energetische Modernisierung der sozialen Infrastruktur
- Erneuerbare-Energien Wärmegesetz (EEWärmeG)
- Programm zur energetischen Sanierung von Bundesgebäuden
- CO₂ - Strategie Pkw
- Ausbau von Biokraftstoffen
- Reduktion der Emissionen fluorierter Treibhausgase
- Beschaffung energieeffizienter Produkte und Dienstleistungen
- Energieforschung und Innovation
- Elektromobilität
- Internationale Projekte für Klimaschutz und Energieeffizienz

Mit Beginn 2009 traten u.a. in Kraft:

- Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Neufassung)
- Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EE-WärmeG)
- Gesetz zur Einsparung von Energie in Gebäuden (Energieeinsparungsgesetz - EnEG) (Neufassung)
- Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und energiesparende Anlagentechnik bei Gebäuden (Energieeinsparverordnung - EnEV)

Wie bereits aus der Vielzahl der Maßnahmen ersichtlich ist, sind derartige Entwicklungen ohne breite Einflussnahme des Staates nicht möglich.

Klimaschutz, Energieeinsparung und die Nutzung Erneuerbarer Energien werden in Deutschland von verschiedensten Fördermaßnahmen unterstützt.

Es existieren ca. 1000 Förderprogramme der Europäischen Union und Deutschland (Bund, Länder, Kommunen).

Erneuerbare Energien

Zu den Erneuerbaren Energien gehören nach einer Definition der Internationalen Energieagentur (IEA) Energieträger, die aus natürlichen Prozessen gewonnen werden und die ständig nachwachsen: Sonnenenergie, Biomasse, Wasserkraft, Windenergie, Erdwärme sowie Meeres- und Wellenergie.

Und davon gibt es unendlich viel. Wir müssen nur lernen, mit ihnen umzugehen: Engagement, Kreativität und Innovationskraft sind gefragt.

Energie ist auf der Erde nicht knapp. Wir können uns auf die Tatsache stützen, dass die auf der Erde verfügbaren Energiepotenziale der Erneuerbaren Energien ohne weiteres ausreichen, um auch den Anforderungen der Zukunft zu entsprechen. So ist beispielsweise allein das physikalisch nutzbare Potenzial der Sonneneinstrahlung über 2.850-mal größer als der derzeitige Weltenergiebedarf. Die Windenergie liefert uns zum Beispiel das 200-fache, Bioenergie das 20-fache, Erdwärme das 5-fache etc. Die Sonneneinstrahlung, die auf Deutschland fällt, beträgt das 80-fache des deutschen Energiebedarfs.

Letztlich entscheidet aber nicht allein das Potenzial, sondern auch die Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit über die Anwendung.

Die Erneuerbaren Energien

- tragen zum Klima- und Umweltschutz bei - sind CO₂ neutral,
- erhöhen Versorgungssicherheit mit Energie und wirtschaftlichen Planungssicherheit,
- schaffen Arbeitsplätze und
- fordern und entwickeln technische Innovationen.

In den Ländern, in denen gerade diese Vorteile erkannt wurden, in denen Politik und Wirtschaft zur Umsetzung der anspruchsvollen Aufgaben bereit waren, haben die Erneuerbaren Energien einen breiten Aufschwung genommen. Und die Anzahl der Länder steigt stetig.

Die installierte Leistung von Windenergieanlagen hat sich seit Inkrafttreten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahr 2000 in Deutschland um das dreifache, die installierte Leistung von Biomasseanlagen zur Stromproduktion um das vierfache und die installierte Photovoltaikleistung um das fünfzehnfache gesteigert.

Fakten Bundesrepublik Deutschland

Windenergie in Deutschland 2007

Installierte Gesamtleistung: 22.247 MW

Neu installierte Leistung: 1.667 MW

Erzeugte Strommenge: 39,5 Mrd. kWh

Anteil am Stromverbrauch: 6,4 %

CO₂-Vermeidung: 34 Mio. t

Arbeitsplätze: ca. 84.300 – 90.000*

* Angabe Bundesverband Windenergie

Sonnenenergie in Deutschland 2007

Neu installierte Leistung (Strom): ca. 1.100 MW*

Erzeugte Strommenge: 3 – 3,5* Mrd. kWh

CO₂-Vermeidung: 2,4 Mio. t

Installierte Gesamtleistung (Wärme): 6.400 MW

Neu installierte Leistung (Wärme): 660 MW

Erzeugte Wärmemenge: 3,7 – 4,4* Mrd. kWh

Anteil am Wärmeverbrauch: 0,3 %

CO₂-Vermeidung: 0,9 Mio. t

Arbeitsplätze: 50.700 – 57.000*

* Angabe Bundesverband Solarwirtschaft

Wasserkraft in Deutschland 2007

Installierte Gesamtleistung: 4.720 MW

Erzeugte Strommenge: 20,7 Mrd. kWh

Anteil am Stromverbrauch: 3,4 %

CO₂-Vermeidung: 22,5 Mio. t

Arbeitsplätze: ca. 9.400

Erdwärme in Deutschland 2007

Installierte Gesamtleistung

(Wärme): ca. 1.000 MW

Erzeugte Wärmemenge: 2,3 Mrd. kWh

Anteil am Wärmeverbrauch: 0,2 %

Installierte Gesamtleistung

(Strom): 3,6 MW

Erzeugte Strommenge: 0,4 Mrd. kWh

Arbeitsplätze: 4.500 - 12.000

Bioenergie in Deutschland 2007

Installierte Gesamtleistung (Strom): 3.238 MW

Erzeugte Strommenge

(inkl. biogener Abfall): 23,8 Mrd. kWh

Anteil am Stromverbrauch: 3,8 %

CO₂-Vermeidung: 20,1 Mio. t

Erzeugte Wärmemenge: 84,2 Mrd. kWh

Anteil am Wärmeverbrauch: 6,2 %

CO₂-Vermeidung: 19,3 Mio. t

Biokraftstoffnutzung: 4,4 Mio. t

Ausblick

Geplante Investitionen 2005-2020: 200 Mrd. Euro

(Zum Vergleich: angekündigte Investitionen der konventionellen Energieversorger in neue Kraftwerke bis 2020: rund 40 Mrd. Euro)

davon:	2007	Prognose 2020
Biodiesel 3,2 Mio. t	CO ₂ -Vermeidung: 114 Mio. Tonnen	250 Mio. Tonnen
Pflanzenöl 0,76 Mio. t	Arbeitsplätze: 250.000	500.000
Bioethanol 0,47 Mio. t	Einsparung Energieimporte:	
Anteil am Kraftstoffverbrauch: 6,9 %	4,3 Mrd. Euro	20 Mrd. Euro
CO ₂ -Vermeidung: 14,3 Mio. t	Exportvolumen: 9 Mrd. Euro	80 Mrd. Euro
Arbeitsplätze: ca. 96.100		

Siehe: Agentur für Erneuerbare Energien. Der volle Durchblick in Sachen Erneuerbare Energien - Daten & Fakten zu den wichtigsten Energiequellen der Zukunft, S. 46.

Durch nationale wie internationale Anreizstrukturen (Förderprogramme, Tarifpolitik) sind die Erneuerbaren Energien im Energiemix der Zukunft anzuwenden. Herauszustellen ist dabei letztlich nicht das technisch realisierbare Potenzial, sondern die Wirtschaftlichkeit der Erneuerbaren Energien im Energiemix. Deshalb werden die Erneuerbaren Energien auch nur dann einen bedeutenden Beitrag zur Energieversorgung leisten können, wenn sie sich langfristig ohne staatliche Förderung aus eigener Kraft im Energiebereich, auf dem Markt, behaupten können. Und sie werden es...

Auf dem Weg in die Zukunft

Die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Hochschulen

Michael Klees

Informationszentrum Minsk, Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD)

Hochschulreformen haben in Deutschland eine lange und nie unumstrittene Tradition: Von der Einführung der ersten ausschließlich technisch orientierten Universitäten in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts – mit denen Kritiker das Konzept der klassischen Universität bedroht sahen –, hin zu den Reformen der ausgehenden 1960-er und der frühen 1970-er Jahre, die eine Liberalisierung der Hochschulen bedeuteten, demokratische Mitbestimmung aller beteiligten Gruppen in Entscheidungs- und Verwaltungsprozessen ermöglichten, aber vor allem zu verstärkter Chancengleichheit aller sozialen Schichten in der Hochschulausbildung führten. Wesentliche Besonderheiten des deutschen Hochschulsystems – die auf Wilhelm von Humboldt zurückgehenden Maximen der Einheit von Forschung und Lehre und der akademischen Freiheit – blieben von allen Veränderungen unberührt.

Angesichts einer sich immer stärker globalisierenden und beschleunigenden Wissenschaftswelt, vor dem Hintergrund der mit dem durch den Bologna-Prozess auf Deutschland zukommenden Herausforderungen und im Wunsch, international auch in Zukunft eine Spitzenposition in Forschung und Wissenschaft einzunehmen, wurden mit Ende der 1990-er Jahre Rufe nach neuen Reformen laut. 2004 entwickelte sich seitens Politik und Wissenschaft daraus die Idee zu einem innovativen Förderprogramm.

Da das Bildungswesen in Deutschland föderal organisiert ist, einigten sich Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Länder am 23. Juni 2005 schließlich auf die Einrichtung der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen. Wettbewerbsorientiert sollten sich Hochschulen in zwei Runden um projektbezogene Förderungen in den Bereichen Graduiertenschulen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Exzellenzcluster zur Förderung der

Spitzenforschung und Zukunftskonzepte zum projektbezogenen Ausbau der universitären Spitzenforschung bewerben können.

Bewerbungsrunden waren in den akademischen Jahren 2005/06 und 2006/07. Das Bewerbungsverfahren für die drei Bereiche wurde jeweils von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und vom Wissenschaftsrat organisatorisch abgewickelt; beide Institutionen (www.dfg.de; www.wissenschaftsrat.de) waren zudem mit der wissenschaftlichen Begutachtung und Begleitung beauftragt. Vornehmlich internationale Gutachter bewerteten die Qualität der eingereichten Antragsskizzen und gaben Empfehlungen hinsichtlich der Förderfähigkeit ab. Die endgültige Entscheidung über die Aufforderung zur Antragsstellung und die Förderung traf danach ein gemeinsames Gremium aus DFG und Wissenschaftsrat auf Basis der Gutachterempfehlungen.

Die Exzellenzinitiative ist dabei als ein Wettbewerb von thematisch geschlossenen Forschungskonzepten zu sehen, bei der die teilnehmenden Universitäten nicht in allen Sparten herausragende Leistungen vorweisen mussten, sondern nur in den Gebieten der Antragstellung. Für die Förderung der schließlich ausgewählten Projekte stehen bis 2012 insgesamt 1,9 Milliarden Euro zur Verfügung, wovon der Bund 75 % trägt.

Die Graduiertenschulen

Graduiertenschulen sollen die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Profilierung der Forschung verbinden und verbessern. In ihnen werden hoch qualifizierte Doktorandinnen aus dem In- und Ausland in einem exzellenten Forschungsumfeld ausgebildet. Graduiertenschulen sind angesiedelt in einem breiten Wissenschaftsgebiet, basieren auf innovativen Fragestellungen und werden von ausgewiesenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geleitet. Sie bieten optimale Promotionsbedingungen, fördern die Identifizierung der Promovierenden mit dem jeweiligen Standort und tragen insgesamt zur Herausbildung international wettbewerbsfähiger Wissenschaftsstandorte bei.

Insgesamt wurden 39 Graduiertenschulen ausgezeichnet, die fünf Jahre gefördert werden. Jede Schule erhält pro Jahr durchschnittlich eine Million Euro.

Die Exzellenzcluster

Exzellenzcluster bündeln interdisziplinär das Forschungspotenzial an deutschen Universitätsstandorten und stärken so deren Konkurrenzfähigkeit und internationale Sichtbarkeit. Ihr Kerngedanke ist die wissenschaftliche Vernetzung und Kommunikation auf besonders zukunftssträchtigen Forschungsfeldern. Neben verschiedenen Einrichtungen der Universitäten sind durchweg auch

außeruniversitäre Forschungsinstitute sowie Industriepartner an den Clustern beteiligt.

Im Rahmen der Exzellenzinitiative werden insgesamt 37 Exzellenzcluster jeweils fünf Jahre lang gefördert. Jeder Cluster erhält dabei jährlich durchschnittlich 6,5 Millionen Euro.

Die Zukunftskonzepte

Zukunftskonzepte sollen Universitäten als ganze Institution stärken, damit sie sich im internationalen wissenschaftlichen Wettbewerb in der Spitzengruppe behaupten können. In einem Zukunftskonzept entwickelt eine Universität eine langfristige Strategie, wie sie ihre Spitzenforschung und ihre Nachwuchsförderung konsequent ausbauen und verbessern will. Dazu müssen in allen Bereichen vorhandene Stärken identifiziert und Prioritäten gesetzt werden. Fördervoraussetzung hierbei ist jeweils mindestens eine Graduiertenschule und ein Exzellenzcluster an der betreffenden Universität.

Insgesamt werden neun Universitäten mit ihren Zukunftskonzepten über fünf Jahre gefördert. Sie erhalten pro Jahr jeweils bis zu 13,5 Millionen Euro.

Detaillierte Informationen zu Exzellenzinitiative und den geförderten Projekten finden sich unter www.exzellenz-initiative.de. Die besondere, wettbewerbsorientierte Struktur der Exzellenzinitiative mit ihren drei Bereichen hat sowohl die Förderung und Profilierung einer Vielzahl von Universitäten ermöglicht; neben dieser Breitenförderung in den Bereichen Graduiertenschulen und Exzellenzcluster trägt aber besonders der Bereich Zukunftskonzepte zur Herausbildung von wissenschaftlicher Weltspitze bei.

„Pakt für Forschung und Innovation“

Analog zur Exzellenzinitiative schlossen Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Länder ebenfalls am 23. Juni 2005 den „Pakt für Forschung und Innovation“. Dieser Pakt zielt auf eine verstärkte Förderung der von Bund und Ländern gemeinsam geförderten großen Wissenschafts- und Forschungsorganisationen, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), der Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), der Leibniz-Gemeinschaft (Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e.V., WGL) sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) als Forschungsförderungsorganisation. Der Pakt, dessen Laufzeit bis 2015 verlängert wurde, ist Teil der Offensive der Bundesregierung für Innovation und Wachstum, mit der 6 Milliarden Euro zusätzlich in Forschung und Entwicklung investiert werden.

Studentischer Austausch am Beispiel Kiel-Minsk

Christian Bruneß

Zum vierten Mal Belarus. Zum vierten Mal die Faszination des Fremden und die Herausforderungen, die ein Aufenthalt in diesem Land mit sich bringen, erleben. Mein 6-wöchiges Praktikum im Frühjahr 2009 am Institut für Deutschlandstudien stellte für mich eine logische Folge eines studentischen Austausches zwischen der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU), der Belarussischen Staatlichen Universität (BSU) und dem Institut für Deutschlandstudien in Minsk dar.

Nach einem privaten Aufenthalt in Belarus im Jahr 2007 nahm ich im September 2008 an dem studentischen Austauschprogramm teil, das gemeinhin als „Stubb“ („Studien- und Begegnungsprogramm EU-Nachbar Belarus“) bezeichnet wird. Die Exkursion der Kieler Politikwissenschaftsstudenten galt, wie schon in den beiden Jahren zuvor, als obligatorischer Bestandteil eines universitären Hauptseminars. Die Verbindung zwischen dem wissenschaftlichen und dem persönlichen Austausch macht das „Stubb“ Programm für beide Seiten besonders reizvoll. Damit ein möglichst umfassender Einblick in das Hochschulsystem und den studentischen Alltag in Belarus gewonnen werden konnte, wurde die Kieler Gruppe in einem der zahlreichen Studentenwohnheime untergebracht und besuchte neben der Fakultät für internationale Beziehungen an der Belarussischen Staatlichen Universität auch die Agraruniversität in Gorki. Die belarussischen Studenten hatten im Vorjahr ein ebenfalls abwechslungsreiches Programm, das ihnen nicht nur die Universität, sondern auch die Stadt Kiel und Deutschland an sich näher brachte.

Für mich zählen vor allem die persönlichen Kontakte, die geknüpft wurden: Gemeinsame Ausflüge, Stadtrundgänge und abendliches Feiern boten zahlreiche Möglichkeiten, Freundschaften zu schließen. Um diese Kontakte zu pflegen und um weitere Eindrücke in Minsk zu sammeln, besuchte ich daraufhin im Dezember mit einem Kommilitonen zwei Freunde in Minsk. Bereits vorher hatte ich mich für ein Praktikum am IfD für den Zeitraum März/April bei Direktor Tobias Knubben, der das „Stubb“-Programm von belarussischer Seite betreut, beworben. Diese Möglichkeit

hätte sich mit Sicherheit ohne den persönlichen Kontakt während des Aufenthaltes mit „Stubb“ nicht ohne weiteres ergeben. Die nachhaltige Wirkung des Programms ist offensichtlich: Der langfristige Kontakt zwischen Kiel und Minsk, deutschen und belarussischen Studenten und damit ein verbessertes gegenseitiges Verständnis werden gefördert.

Das Hochschulsystem in Belarus unterscheidet sich in mehreren Punkten deutlich von dem deutschen. Einige (auf den ersten Blick) Kuriositäten scheinen für deutsche Besucher skurril. Beispielsweise die Tatsache, dass alle eingeschriebenen Studenten Pflichtveranstaltungen in Form von Sport- und Ideologieunterricht besuchen müssen, obwohl diese meist mit dem eigentlichen Fachgebieten kaum etwas zu tun haben dürften. So kann es vorkommen, dass ein/e Student/in der internationalen Beziehungen einen Kurs mit dem Thema „Erste Hilfe“ besuchen muss. Ein breit angelegtes Wissen, ja sozusagen ein „studium generale“, scheint, im Gegensatz zum deutschen Ansatz, nämlich fachgebundene Experten auszubilden, das Ziel der hiesigen Universitäten zu sein.

Während des Praktikums am IfD bekam ich die Möglichkeit, der derzeitigen Lektorin der Robert Bosch Stiftung, Elisabeth Borsdorf, bei der Vorbereitung und Durchführung eines Seminars mit dem Themenkomplex „Landeskunde“ zu unterstützen. Meine Aufgabe war es, den Teilnehmern das politische System der Bundesrepublik näher zu bringen. Die Einbindung der Studenten in die Seminargestaltung, so wie es in Deutschland in Form von Präsentationen und Diskussionen die Regel ist, findet in Belarus nur bedingt statt. Das Seminar erinnerte doch eher an einen Schulunterricht. Schon die Anordnung der Tische spricht eine deutliche Sprache: Es gibt keine "Runde", in der jeder jeden sehen und damit auch gut hören kann. Hingegen sind die Tische in mehreren Reihen angeordnet, wobei der Lehrer vorne sein "Lehrerpult" hat. Es scheint also ein eher auf Frontalunterricht ausgelegtes Studium zu sein. Unsere Erfahrung ist aber, dass wenn man die Studenten gezielt fragt und eine Diskussion provoziert, meist engagierte Debatten zustande kommen. Zum Beispiel simulierten wir eine Parlamentsdebatte mit fiktiven Parteien und einen Gesetzesentwurf, über den am Ende abgestimmt werden sollte. Das Gesetz drehte sich um den Nichtraucherschutz in deutschen Gaststätten und Kneipen. Die Parteien waren bewusst mit konträren Zielen und Motiven beschrieben worden, so dass eine lebhaftige Debatte im Prinzip unumgänglich war, wenn man eine Mehrheit für die eigene Partei erlangen wollte. Genau dies trat ein. Die Studenten haben gestritten, gerungen und letztendlich abgestimmt. Die Lehrstuhlleiterin, die dem Unterricht beiwohnte, dankte uns für diese neue und unkonventionelle Unterrichtsform.

Neben den Unterschieden in der Lehre, gibt es natürlich nicht nur die sprachlichen, sondern auch durchaus kulturelle Differenzen zwischen beiden Ländern. Da ich (leider) der russischen Sprache nicht mächtig bin, war ich so gut wie immer auf die Fremdsprachenkenntnisse der Belarussen angewiesen. Hier ist meine Erfahrung, dass man zumindest in Minsk mit Englisch oder Deutsch halbwegs zurecht kommt. Die jüngere Generation scheint ein großes Interesse an Sprachen zu haben, denn vor allem mit den jungen Leuten stellte die sprachliche Verständigung meist kein Problem dar, wobei ich selbst mit Belarussen diskutiert habe, die weder Englisch noch Deutsch sprachen. Letztendlich kann wohl jeder Mensch auf die internationale Hand- und Zeichensprache zurückgreifen, was mitunter sehr viel Spaß machen kann. Und ein "poka" oder "privjet" lockt auch schnell ein Lächeln beim Gesprächspartner hervor.

Ein wenig überrascht hat mich vor allem die Einstellung der Belarussen gegenüber Deutschland. Ich gebe zu, dass ich wenig Gelegenheit hatte, mit älteren Menschen, die womöglich noch Erinnerungen an den Krieg haben, zu sprechen. Die Studenten sind, so habe ich es in meiner Zeit in Belarus wahrgenommen, sehr Deutschland freundlich. Diese Tatsache hat mich in erster Linie positiv überrascht und macht den Aufenthalt in diesem Land natürlich einfacher, da man sich nicht mit Anfeindungen oder negativen Vorurteilen auseinandersetzen muss. Wenn es „Vorurteile“ gegenüber Deutschen und Deutschland gibt, dann meist die altbekannten Stereotypen wie "fleißig", "ordentlich", "pünktlich" oder "streng". Mit diesen Klischees muss man wohl leben und es gibt sicherlich schlimmeres, als "pünktlich" bezeichnet zu werden. Ich versuchte zwar ab und zu Geschichten aus meinem Alltag zu erzählen, die diese Vorurteile widerlegen, aber im Großen und Ganzen ist dieses Bild des Deutschen relativ fest, auch wenn ich erzählte, dass deutsche Studenten ebenso verschlafen.

Da von allen Seiten ein verstärkter zivilgesellschaftlicher Austausch zwischen Deutschland bzw. Europa und Belarus gefordert wird, sehe ich die Beziehungen zwischen Kiel und Minsk als eine der vielen positiven Entwicklungen im Dialog beider Gesellschaften. Ich habe erneut gelernt, dass man zwar viel übereinander lesen und hören kann, die Realität aber meist ganz anders ist. Der persönliche Kontakt, das miteinander lachen und diskutieren verändert sehr schnell das Bewusstsein für ein Land und eine Gesellschaft. Die Brücke, die zwischen Kiel und Minsk gebaut wurde, muss meiner Meinung nach erhalten, wenn nicht gar ausgebaut werden. An der Universität in Kiel kommt es nicht selten vor, dass sich Studenten, die sich noch vom Austausch kennen, auf dem Campus über den Weg laufen und spontan über aktuelle Ereignisse in Belarus reden. Man sieht also, dass das Interesse aneinander wächst.

Auch wenn mein Praktikum Ende März endete, werde ich weiter mit dem IfD in Verbindung bleiben. So werde ich für das Institut eine Studienreise von Belarus nach Deutschland betreuen, die für den Herbst 2009 angedacht ist. Diese Reise mit dem Titel "60 Jahre Bundesrepublik Deutschland" habe ich während meines Praktikums mitorganisiert, d.h. ich werde erneut mit belarussischen Studierenden in Kontakt kommen, nur dieses Mal werde ich Ihnen etwas von meinem Land zeigen können. Termine in diversen Museen, aber auch z.B. im Deutschen Bundestag werden hoffentlich ein genauso großes Interesse an Deutschland wecken, wie meine Aufenthalte in Minsk Interesse an Belarus geweckt haben.

Weiterführende Links:

<http://www.stubb.org>

<http://www.uni-kiel.de>

.

Übersetzerecke

Liebe Gäste der Übersetzerecke,

bei der diesmal von uns behandelten Mitteilung wird ersichtlich, dass die Wirtschafts-(und hier speziell Finanz-)krise auch sprachlich ein besonderes Herangehen erfordert. Die geschilderten Bemühungen erscheinen sinnvoll, insofern man zur Bewältigung eines Problems ein klares Verständnis für die Sache braucht, und dazu kommt man leichter, wenn es mit griffigen Wörtern bezeichnet wird. Also muss uns die Aktion der deutschen Sprachschützer dazu ermutigen, uns nicht mit unzulänglichen (wenn auch gängigen oder modernen) Redensarten zufrieden zu geben, sondern rationell und kreativ nach dem „richtigen Wort“ suchen.

Der Text ist dem Newsletter des Auswärtigen Amtes „Nachrichten aus Deutschland“ entnommen (hier vom 06.04.2009), der von den Mitarbeitern des IfD im Auftrag der Deutschen Botschaft Minsk ins Russische übersetzt wird (die deutsch- sowie russischsprachige Version kann man auf der Homepage der Deutschen Botschaft Minsk unter www.minsk.diplo.de abonnieren).

Herzlichst Ihr

Übersetzer-Team des IfD

Aktion lebendiges Deutsch: Giftbank statt Bad Bank vorgeschlagen

Giftbank anstelle von Bad Bank: Sprachschützer von der „Aktion lebendiges Deutsch“ suchen nach einer Alternative für den englischen Begriff Bad Bank, der nach dem weltweiten Zusammenbruch zahlreicher Kreditinstitute für Häuser verwendet wird, bei denen Banken ihre Schulden abladen sollen. „Giftbank! Wäre das nicht ein griffiges deutsches Wort?“, schlagen sie in ihrer neuesten Pressemitteilung vor. Insgesamt waren bei der jüngsten Aktion der Sprachschützer 306 Vorschläge eingegangen, darunter als Synonym für Bad Bank auch Krankbank, Bank Rott und Zitronenlager. Bis zum 20. April sucht die „Aktion lebendiges Deutsch“ jetzt deutsche Entsprechungen für „multiple choice“, die Aufgabe, unter mehreren vorgegebenen Antworten die richtige anzukreuzen.

Die „Aktion Lebendiges Deutsch“, gefördert von Bundestagspräsident Norbert Lammert und Wissenschaftlern, wird unterstützt vom Präsidenten des Deutschen Lehrerverbands, Josef Kraus, dem Vorsitzenden des Vereins Deutsche Sprache, Prof. Walter Krämer, dem Journalisten und Autor Wolf Schneider und Dr. Cornelius Sommer, dem Beiratsvorsitzenden der „Stiftung deutsche Sprache“. Sie bemühen sich, überflüssige Anglizismen in der Alltagssprache durch deutsche Bezeichnungen zu ersetzen.

Quelle: dpa.

Web: www.aktionlebendigesdeutsch.de

Акция «Живой немецкий»: вместо «Bad Bank» предлагается говорить «Giftbank»

«Giftbank» (отравленный банк) вместо «Bad Bank» (плохой банк): борясь за чистоту языка, участники акции «Живой немецкий» («Aktion lebendiges Deutsch») ищут замену английскому выражению «bad bank», которое после краха, постигшего многочисленные кредитные институты по всему миру, используется для обозначения банка-агрегатора – финансового учреждения, призванного скупать необеспеченные долговые обязательства прочих банков. «Giftbank! Чем не удачное, емкое немецкое слово?» – предлагают они в своем последнем пресс-релизе. Всего в ходе последней акции поборников чистоты языка поступило 306 предложений-синонимов для «Bad Bank», в том числе «Krankbank» (больной банк), «Bank Rott» (банк Рот) и «Zitronenlager» (склад пустышек). Теперь до 20 апреля в ходе акции «Живой немецкий» идет поиск немецких соответствий для «multiple choice» – так называют задания множественного выбора, в которых нужно отметить крестиком правильный ответ из нескольких предложенных.

Акцию «Живой немецкий», проводимую под эгидой президента бундестага Норберта Ламмерта и ученых, поддерживают президент Немецкого союза учителей Йозеф Краус, председатель общества «Немецкий язык» проф. Вальтер Кремер, журналист и литератор Вольф Шнайдер и д-р Корнелиус Зоммер, председатель совета фонда «Немецкий язык». Они прилагают усилия по замене излишних англицизмов в повседневном языке немецкими словами и выражениями.

Источник: ДПА

Веб-сайт: www.aktionlebendigesdeutsch.de

Kommentar:

1. Die Sprachreinigung (Purismus) hat in Deutschland eine Jahrhunderte lange Tradition und wird immer noch aktiv und teilweise organisiert betrieben, daher der Begriff *Sprachschützer*, dem nur noch eine beschreibende Übersetzung *поборник чистоты языка* im Russischen entspricht. Bemerkenswert ist auch der Vergleich von *Sprachpflege* und seiner Wörterbuchübersetzung *культура речи, забота о чистоте языка*: Im deutschen Wort ist die Semantik der Tätigkeit betont, während die erste russische Variante eine Charakteristik, den Zustand meint.
2. Bei der Übersetzung des Wortes Begriff darf man nicht vergessen, dass es nicht unbedingt einen Denkinhalt (*понятие, идея, представление*) bedeutet, sondern schlichtweg als Synonym für *Terminus, Bezeichnung, Vokabel, Wort* (*термин, обозначение / название / наименование, слово*) stehen kann.
3. Das Wort Haus kann wegen seiner mehreren Bedeutungen irreführend sein, die im Deutschen und Russischen nicht übereinstimmen, denn das deutsche *Haus* bezieht sich auch auf Unternehmen, Firmen, Organisationen, Einrichtungen (wie im Text: *финансовое учреждение*), was in Zusammensetzungen deutlich wird: *Versandhaus – фирма / предприятие посылочной торговли, Warenhaus – универсальный магазин, Opernhaus – оперный театр*.
4. Der Umgang mit manchen Maskulina, die der Regel nach zur schwachen Deklination gehören, bereitet Schwierigkeiten, weil diese Titel bezeichnen und daher als Appositionen auftreten. Dann entscheidet der Artikelgebrauch, ob das Substantiv zu deklinieren ist. So heißt es *von Bundestagspräsident Lammert* (da artikellos), jedoch *vom Präsidenten des ... Lehrerverbands, Josef Kraus* (mit dem bestimmten Artikel).
5. Die Bezeichnungen wie *Aktion Lebendiges Deutsch, Verein Deutsche Sprache* usw. sind als Verbindung '(deklinierbarer) Gattungsname + Eigename als Apposition' zu interpretieren. Dabei werden diese Appositionen in grammatischer Hinsicht nicht dekliniert und bei der Übertragung ins Russische sind sie in Anführungszeichen zu setzen: *акция «Живой немецкий», общество «Немецкий язык»*. Als eine (allerdings weniger empfehlenswerte) Variante käme noch eine semantisch ergänzende Übersetzung in Betracht, etwa *Общество по поддержанию чистоты немецкого языка*.
6. Zitrone im Kompositum *Zitronenlager* kann als 'falscher Freund des Übersetzers' angesehen werden: Während in der russischen Umgangssprache лимон für eine Million Rubel (oder auch Dollar) steht, bedeutet es in deutschen Ausdrücken wie *mit Zitronen gehandelt haben, j-m eine Zitrone andrehen* einen problematischen Geschäftsgegenstand.

7. Aufpassen gilt bei fremdsprachigen Einfügungen im deutschen Text: Wenn «Bad Bank» ein Ausdruck des Deutschen ist, muss es auch im russischen Text groß geschrieben werden, als englische Bezeichnung jedoch klein: «*Giftbank*» – «*Bad Bank*», aber: *английское выражение «bad bank»*.